

UWG-Kreistagsfraktion Düren
Haushaltsrede des UWG-Fraktionsvorsitzenden
Georg Schmitz

**Rede zum Doppelkreishaushalt 2024/2025
zur Kreistagssitzung am 07. Dezember 2023**

Sehr geehrter Herr Landrat Spelthahn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, sehr geehrte Gäste und Zuhörer:innen, meine Damen und Herren der lokalen Presse.

Die UWG Fraktion Kreis Düren nimmt kurz Stellung zum Doppelhaushalt 2024/2025 und zur Situation des Kreises.

An erster Stelle möchten wir uns bei der Verwaltung, der Kämmerei und besonders Herrn Hürtgen für die kompetente Unterstützung bei unseren Beratungen des Haushaltes bedanken.

Ferner gilt unser Dank allen Mitarbeiter:innen der Verwaltung, die den gemeinsamen Fragenkatalog der Oppositionsfraktionen SPD/FDP/UWG schnell und umfangreich beantwortet haben.

Der uns vorliegende Doppelhaushalt für 2024/2025, ist aus Sicht des Kreises solide aufgestellt worden und sieht zahlreiche Investitionen in zukunftsweisende Projekte besonders in Bildung, Forschung, Verkehr und Umwelt vor.

Die UWG Fraktion würde in diesen Zeiten, wo man lieber auf Sicht fahren sollte, da von allen Ebenen Land/Bund/LVR ständig neue Zahlen und Änderungen kommen, einen Einjahreshaushalt bevorzugen. Bei dem aktuellen vorgelegten Haushaltsentwurf ist jedoch positiv zu bewerten, dass zumindest die Kreisumlage, nach den neusten Daten, auf gleichem bzw. etwas verbesserten Niveau (auch in Euro) gehalten werden kann.

Dies konnte jedoch nur durch den kompletten Einsatz der Ausgleichsrücklage erreicht werden.

Mit dem vollständigen Aufbrauchen der Ausgleichsrücklage ist mit einer Explosion der Kreisumlage in den nächsten Jahren zu rechnen.

Konsequenz: Kommunen gehen ins oder bleiben im Haushaltssicherungskonzept und werden dort jahrelang bleiben. Mit Blick auf diese düsteren Aussichten, sollte heute bereits sparsamer gewirtschaftet werden. Denn wir alle wissen was dies bedeutet: Kürzungen bei allen freiwilligen Leistungen und höhere Belastungen der Bürger:innen bei den Abgaben in unserer kommunalen Familie.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Vorsitzende der Bürgermeisterkonferenz im Namen der Bürgermeister mit Nachdruck erklärt hat, dass nur eine deutliche Absenkung der Umlagen -insbesondere der Jugendamts- und Kreisumlage- für die Kommunen die Haushaltssituation vor Ort noch halbwegs beherrschbar machen würde. Deshalb haben die Bürgermeisterin und die Bürgermeister das Benehmen nicht hergestellt.

Aus diesem Grunde müssen wir alle, Verwaltung und Politik, dem Trend der immer höheren und anwachsenden Haushalte mit wirklichem Sparwillen entgegenwirken.

Nennenswerte Einsparungen können aber aus unserer Sicht nur dann umgesetzt werden, wenn dies ausdrücklich vom Landrat unter Einbeziehung der Verwaltungsspitze, den Fraktionsspitzen und den Bürgermeistern:innen in einem „gemeinsamen Haushaltsausschuss“ vorher besprochen und entschieden wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen ferner feststellen, dass wir im Rheinischen Revier vor einem massiven Strukturwandel und Herausforderungen stehen. Hierzu haben die Oppositionsfraktionen SPD/FDP/UWG rechtzeitig den Antrag „Erarbeitung einer Roadmap für die Schaffung nachhaltiger industrieller und gewerblicher Arbeitsplätze im Rahmen des Strukturwandels nach dem vorgezogenen Braunkohleausstieg (Drs.Nr. 202/23) gestellt. Dieses wichtige Thema, welches uns über lange Zeit politisch begleiten wird, sollte bereits nach der Sommerpause angegangen werden. Leider ist dies bis jetzt immer wieder aus den verschiedensten Gründen noch nicht geschehen.

Wenn der Kreis wachsen will, was wir alle unterstützen, müssen die durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze kompensiert werden. Darüber hinaus müssen aber auch noch neue Arbeitsplätze und neuer Wohnraum für die Menschen geschaffen werden. Daraus folgt für uns, wenn wir eine Verschärfung der sozialen Schieflage verhindern wollen, muss dringend über mögliche Unterstützungsmaßnahmen für Industrie-, Mittelstands- und Handwerkspolitik nachgedacht werden.

Wir fordern Sie, Herr Landrat und die schwarz-grüne Koalition auf, hier endlich tätig zu werden. Aus unserer Sicht sollte jetzt auf weitere Subventionen für Photovoltaik und Co. verzichtet werden, denn es handelt sich hier aus unserer Sicht um zusätzliche Geschenke für eine im Wesentlichen wohlhabende, ökologisch orientierte Zielgruppe.

Eine weitere Förderung zu Lasten des Kreishaushaltes wird es ohne Evaluierung der bisherigen Ergebnisse mit der UWG nicht geben.

Dieses Programm lässt zwar die Grünen und den Landrat in einem sehr guten Licht erscheinen, aber in der jetzigen Situation sollten die Mittel für den Klimaschutz effizienter und effektiver eingesetzt werden und keine Doppelsubventionen erfolgen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir und auch die Fraktion der SPD und FDP wundern uns über die träge Umsetzung/Informationen zum gemeinsamen Antrag „Aktualisierung des Katastrophenschutzplanes sowie Maßnahmen zur Modernisierung der Kommunikationstechnologien im Zivil- und Katastrophenschutz im Kreis Düren (Drs.Nr. 436/22).

Wir alle haben doch noch die schlimmen Bilder des Hochwassers 2021 im Ahrtal und auch im Kreisgebiet vor Augen. Hier sollte schon lange eine „Trocken-Katastrophenübung“ usw. durchgeführt werden. Im Interesse unserer Bürger:innen müssen auch hier endlich die richtigen Maßnahmen eingeleitet und vor allem durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren,

wir alle wissen, dass der Kreishaushalt in besonderer Weise durch gesetzliche Notwendigkeiten geprägt ist, insbesondere durch Sozialtransferleistungen, sprich hier die Jugendamtsumlage.

Die Belastungen, welche uns aus LAND und BUND auferlegt werden, treffen auch unseren Kreis hart. Die zur Ausführung der übertragenen Aufgaben benötigten Finanzmittel werden leider nicht mit übertragen.

Nur ein kleiner Teil der Ausgaben entfällt dabei auf freiwillige soziale Leistungen des Kreises. Man denke an z. B.: Frauenhäuser, Drogenberatung usw.. Diese Einrichtungen leisten gesellschaftlich wichtige Arbeit für die Menschen in unserer Region. Die UWG hat sich daher trotz allen Spardrucks immer dafür eingesetzt, dass diese Einrichtungen möglichst auskömmlich finanziert werden.

Bei aller Kritik muss jedoch auch festgestellt werden, dass der Kreis im Haushalt 2024/25 sehr viele Projekte/Programme für die Zukunft geplant hat wie z.B.: e-Mobilität, Digitalisierung, Wachstumsoffensive, Wasserstoffeinsatz bei Bus und Bahn, Klimaprojekte etc., die uns allen zugutekommen werden.

Der finanztechnisch solide aufgestellte Kreishaushalt ist vor dem Hintergrund der vielen Kritikpunkte eben nicht ausreichend. Der Blick auf 2024/2025 zeigt bereits jetzt, dass der vorliegende Entwurf schon durch Änderungen von LAND und BUND nachgebessert werden muss. Ferner wird der aktuelle Kreishaushaltentwurf noch durch die jüngst eingebrachten und beschlossenen Anträge der Mehrheitskoalition von CDU und Grüne zusätzlich belastet.

Aus Verantwortung für den Kreis und mit Blick auf unsere Kommunen werden wir dem vorliegenden Doppelhaushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Georg Schmitz

Vorsitzender der Fraktion der UWG Kreis Düren